

> Newsletter # 6

5. Mai 2004



Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Newsletter informiert wieder über aktuelle Entwicklungen, nennt zusätzliche Quellen dazu im Internet und gibt einige Linktipps.

Auch die Angebote auf unserer Internetseite <http://www.religion-online.info> sind wieder ergänzt worden. Außerdem erneuern wir parallel das Webdesign.

Eine Übersicht der letzten Aktualisierungen im finden Sie auf der Einstiegsseite <http://www.religion-online.info/home.html>

Auch die Tagungen sind auf dem neuesten Stand: <http://www.religion-online.info/tagung/tagung.html>

Bisherige Newsletter gibt's im Archiv, sowohl im HTML-Format als auch als PDF: <http://www.religion-online.info/archiv/archiv.html>

Informationen

> Judentum

Synagogen-Internet-Archiv

Eine Datenbank mit Angaben zu mehr als 2200 historischen und gegenwärtigen Synagogen in Deutschland und Österreich bietet die Internet-Seite www.synagogen.info. Das Projekt wurde entwickelt vom Fachbereich Architektur der Technischen Universität Darmstadt, die bereits eine virtuelle Rekonstruktion zerstörter Synagogen in Deutschland erarbeitet haben.

>> <http://www.synagogen.info>

Neue Jüdische Hochschule Berlin

Im Herbst letzten Jahres hat in Berlin die private amerikanisch-jüdische Hochschule "Touro College Berlin" ihren Betrieb aufgenommen. Für eine Semestergebühr von 3.000 Euro kann der Studiengang "Business, Management and Administration" belegt werden, der mit einem amerikanischen Bachelor abgeschlossen wird. Zusätzlich werden Kurse in jüdischer Geschichte und Philosophie sowie Hebräisch angeboten. Touro-Colleges gibt außer in Berlin in den USA, in Russland und in Israel, derzeit 25 mit rund 18.000 Studierenden. In Berlin waren es im letzten - ersten - Semester 30. Man wolle, so die Gründer, neben der jüdischen Kultur die amerikanische Lebensart nun auch in Berlin vermitteln und zugleich einen Beitrag zur Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland leisten und den Dialog zwischen Juden und Nichtjuden unterstützen. Der Unterricht wird in englischer Sprache abgehalten, die Hochschule nimmt auch nichtjüdische Studierende auf.

>> http://www.touroberlin.de/index_d.htm

Alleinvertretungsanspruch des Zentralrats steht in Frage

Als im Sommer 2003 der Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Zentralrat der Juden unterzeichnet wurde, stand der Konflikt bereits auf der Tagesordnung: Die drei Millionen Euro, die der Bund dem Zentralrat jährlich überweist, um die gestiegenen Aufgaben insbesondere zur Integration der osteuropäischen jüdischen Zuwanderer bewältigen zu können, müssten dem gesamten Judentum in Deutschland zur Verfügung stehen - und eben nur den Gemeinden und Verbänden, die über den Zentralrat organisiert sind. Das meint insbesondere die Gemeinden des liberalen Judentums, denen rund 3.000 Menschen angehören.

Auf den ersten Blick geht es um die Berliner Fördergelder, doch im Hintergrund steht die zunehmende Ausdifferenzierung des Judentums in Deutschland und das für viele zu eng gewordene Konzept der Einheitsgemeinde, wie es der Zentralrat verkörpert. In den 1950er Jahren lebten nur noch rund 15.000 Juden in Deutschland. Prägend war die Erfahrung der Shoah. Die wenigen überlebende Gläubigen organisierten sich in Einheitsgemeinden, in denen alle Strömungen des Judentums - ob liberal, progressiv, konservativ oder orthodox - ihre Heimat finden sollten. Als Dachverband fungierte der 1950 gegründete Zentralrat der Juden in Deutschland. Ursprünglich war die Ausrichtung der Einheitsgemeinden eher liberal. Das entsprach der Tradition des deutschen Judentums, das im 19. und 20. Jahrhundert weltweit die Reformbestrebungen im Judentum anführte. Im Lauf der Jahrzehnte, insbesondere aber durch die Zuwanderung osteuropäischer Juden, ver-

schob sich das Schwergewicht der Einheitsgemeinden hin zu einer orthodoxen Grundausrichtung. Liberale Juden fühlten sich teilweise durch die bestehenden Gemeinden nicht mehr vertreten oder in der Ausübung der Religion behindert. Differenzen bestehen etwas hinsichtlich der Stellung der Frau im Gottesdienst, der Zulassung von Rabbinerinnen, der Verwendung der Landessprache im Gebet.

So erfolgte 1997 die Gründung der "Union progressiver Juden in Deutschland, Österreich und der Schweiz", zunächst als Arbeitsgemeinschaft, 2002 dann als gemeinsamer Interessenverband. Im Unterschied zu den Einheitsgemeinden verfügen die Neugründungen liberaler Gemeinden nicht über den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dass sich der innerjüdische Pluralismus auch organisatorisch Ausdruck verschafft, wird von einer breiteren Öffentlichkeit erst seit dem Streit um das Geld aus dem Staatsvertrag wahrgenommen. Das Problem war bekannt: Beispielsweise hat der Innenausschuss des Bundestages in seiner einstimmigen Empfehlung für die Annahme des Staatsvertrages wiederholt, dass man davon ausgehe, dass das Geld "der gesamten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland" zu Gute komme. Das ist nach Auffassung der liberalen Juden aber bislang nicht geschehen. Man sei von Mitteln der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden abgeschnitten, Gemeinden oder Landesverbände würden - teils mit Hinweis auf den fehlenden Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts - nicht in den Zentralrat aufgenommen.

Um der Einbindung Nachdruck zu verleihen, wandte sich am 19. April 2004 der Generalsekretär der World Union for Progressive Judaism an den deutschen Bundeskanzler. Die alleinige Verwendung der Staatsgelder durch den Zentralrat stelle einen Bruch der Übereinstimmung dar, dass das gesamte deutsche Judentum in den Genuss der Förderung kommen solle. Die Integration der jüdischen Zuwanderer solle nicht allein den (orthodoxen) Einheitsgemeinden überlassen bleiben, da dies die Pluralität jüdischen Lebens in Deutschland missachte. Entgegen anders lautenden Bekundungen habe der Zentralrat kein Interesse an der Integration des liberalen Judentums. Durch die erneute Intervention der Union - es gab bereits Kontakte zu Innenminister Schily - ist die bislang eher hinter verschlossenen Türen geführte auf Diskussion neu in Gang gekommen. Man kann die Union wohl auch nicht übergehen - die World Union for Progressive Judaism ist der weltweit größte Zusammenschluss jüdischer Gemein-

den, ihm gehören über 1,5 Millionen Juden an. Ihr Vorsitzender war von 1939 bis 1953 der deutsche Rabbiner Leo Baeck.

Derzeit sind die Fronten aber noch verhärtet, auch wenn der Zentralrat mit der Union Progressiver Juden ein Gespräch führen will. Das Geld der Bundesregierung werde ausschließlich im Sinne des Vertrags für Aufgaben des Zentralrates verwendet, erklärte der Vorsitzende Paul Spiegel, Einzelgemeinden erhielten kein Geld. Außerdem müsse der Alleinvertretungsanspruch des Zentralrats auch von den liberalen Juden anerkannt werden. In einer Presseerklärung vom 18. April betont der Zentralrat zudem, dass die im Zentralrat repräsentierten Gemeinden alle Strömungen des Judentums umfassten. Außerdem sei die Bedeutung der liberalen Gemeinden auch nicht zu überschätzen. Dem Zentralrat gehörten immerhin 100.000 Juden an. Nichts desto trotz aber bleibt: Liberale jüdische Gemeinden sind bislang nicht in den Genuss von Fördermitteln gekommen. Deshalb bereitet die Union eine Klage vor, sollten einvernehmliche Lösungen scheitern.

Weiteres Öl ins Feuer des Konflikts ist die Ankündigung von Nachkommen Leo Baecks in den USA, dem Zentralrat die Verwendung des Namens von Leo Baeck zu untersagen. "Wir können es als Familie Leo Baecks nicht verantworten, dass eine Organisation seinen Namen missbraucht, die sein Erbe ausschlägt", wird die Enkelin Baecks zitiert. Der Zentralrat residiert nicht nur im Leo-Baeck-Haus, sondern vergibt auch einen Leo-Baeck-Preis. Die Bundesregierung hingegen hält sich bedeckt. Entsprechend Argumentationen gegenüber anderen Religionsgemeinschaften sei es für die Regierung wichtig, einen einzigen Ansprechpartner zu haben. Das sei logischerweise der Zentralrat. Man wolle sich aber nicht in innerjüdische Diskussionen einmischen, wenngleich klar sei, dass alle Strömungen des Judentums vom Staatsvertrag umfasst sein sollten. Der Vorgang zeigt, dass zentralistische Strukturen nur schwer mit religiöser Pluralität kompatibel sind. Prominente Juden warnen vor einer Spaltung des Judentums, wenn sich der Zentralrat nicht bewege und sich den liberalen Gemeinden gegenüber öffne. So angenehm wiederum Organisationen mit "Alleinvertretungsanspruch" für den Staat sind, steht mit der innerjüdischen Kontroverse erneut das überkommene Modell der Staat-Religion-Beziehung zur Disposition. Eine gute Dokumentation des Konflikts bieten die Internet-Seiten der Union Progressiver Juden:

>> <http://www.liberales-juden.de>

> Islam

Kopftuch-Verbote

Bundespräsident Johannes Rau hat im Januar in einer viel beachteten, so genannten "Lessing-Rede" die Grundlagen und Alternativen klar benannt: Vor dem Hintergrund des jüdisch-christlichen Erbes hat sich in Deutschland eine Tradition der Religionsfreiheit entwickelt, die einen säkularen Staat voraussetzt. Nur ein solcher Staat könne die Gleichbehandlung der Religionen, die Religionsausübung unterschiedlichster Bekenntnisse garantieren. Deshalb sei die Alternative eigentlich klar: Entweder lässt man das Kopftuch an der Schule zu, oder man verbietet alle religiösen Symbole. Man ist geneigt noch einmal hinzuzufügen: Dass Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes, die ihre Dienstpflichten verlet-

zen - und dazu gehört das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes -, aus dem Staatsdienst entfernt werden können und müssen, ist selbstverständlich. Verletzt das Kopftuch die im Beamtenrecht geforderte positive innerliche Einstellung zur Grundordnung, zum wertgebundenen, aber religiös-weltanschaulich neutralen Staat, der die Religionsfreiheit garantiert?

Stand der Verbots-Bemühungen

Ob das Kopftuch einer islamischen Lehrerin als politisches Symbol zu werten ist oder nicht, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2003 beantwortet: Das Kopftuch ist nicht automatisch ein politisches Symbol, gemeinhin kein Ausdruck von Islamismus, sondern wird

von vielen Frauen als Ausdruck persönlichen Glaubens getragen. Nicht entschieden hatte das Gericht hingegen, ob ein Kopftuch-Verbot in der Schule grundsätzlich zulässig oder eben nicht zulässig ist. Das war aber die eigentliche Frage.

Die unmittelbaren Reaktionen auf das Urteil haben gezeigt, dass es vielen darum geht, das islamische Kopftuch zu verbieten, weil man es eben doch primär als Ausdruck einer islamischen Grundhaltung versteht, die mit den Werten des Grundgesetzes nicht vereinbar sei - entgegen den Bekundungen von Musliminnen, von islamischen Frauenverbänden und auch von den islamischen Spitzenorganisationen. In der Diskussion zeigte sich, dass Befürworter und Gegner eines Kopftuch-Verbots parteipolitisch nicht eindeutig zuzuordnen sind. Auch in der SPD gibt es zahlreiche Befürworter und Befürworterinnen für ein Verbot, die PDS in Berlin unterstützt es auch, und lediglich die Mehrheit von Bündnis 90 / Die Grünen spricht sich gegen ein generelles Verbot des Stoffes auf dem Haupt islamischer Frauen aus.

Nach einer aktuellen Übersicht ist der Stand der Entscheidung für oder gegen das Kopftuch in den einzelnen Bundesländern folgendermaßen verteilt:

- Kein Kopftuch-Verbot geplant: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz.
- Noch nicht entschieden: Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen
- Kopftuch-Verbot geplant: Berlin, Hessen, Saarland, Bayern.
- Kopftuch-Verbot bereits Gesetz: Niedersachsen, Baden-Württemberg

Wahrung christlicher Kultur

Zentrales praktisches Problem eines Kopftuch-Verbots ist: Müssen mit dem gewollten Hinausdrängen des Kopftuchs nicht auch Symbole anderer Religionen, die von Lehrerinnen und Lehrern getragen werden, verboten werden?

Etwa die jüdische Kippa, das christliche Kreuz?

In Berlin war die Entscheidung eindeutig: Hier sollen sowohl im Schuldienst als auch bei Polizei und Justiz alle Symbole untersagt sein. Das hat, so eine Aussage aus der PDS, auch die Zustimmung der Post-Sozialisten möglich gemacht. Man setze ein Zeichen für eine klare Trennung von Staat und Religion. In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes hingegen, auch solchen mit Publikumsverkehr, bleibt das Kopftuch in Berlin erlaubt. Übrigens auch in Kindertagesstätten.

Baden-Württemberg und Niedersachsen hingegen berufen sich auf die Grundlage der christlichen Kultur, auf der auch der staatliche Erziehungsauftrag an Schulen basiert, so dass die christlichen Symbole - und die jüdischen wohl eingeschlossen - von den Gesetzen nicht betroffen seien. Der christliche Rückbezug sei schließlich auch in den Verfassungen der Länder niedergelegt. So bestimmt der neue Paragraph 38 des Schulgesetzes von Baden-Württemberg:

"Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußeren Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülern und Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Insbesondere ist ein äußeres Verhalten unzulässig, welches bei Schülern oder Eltern den Eindruck hervorrufen kann, dass eine Lehrkraft gegen die Menschenwürde, die Gleichberechtigung

der Menschen nach Artikel 3 des Grundgesetzes, die Freiheitsgrundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung auftritt."

Weiter heißt es dann, dass die Wahrnehmung des Erziehungsauftrages, wie er sich aus der Verfassung ergebe - eben zur Vermittlung christlich-abendländischer Kultur - dem oben bestimmten "Verhaltensgebot" der Lehrkräfte nicht widerspreche. Die gleiche Argumentationsfigur trägt auch den niedersächsischen Gesetzentwurf, wobei man hier meint, auf eine explizite Ausnahmebestimmung wie in Baden-Württemberg verzichten zu können, um das Gleiche zu erreichen. Kritische Kommentatoren haben zu Recht angemerkt, dass damit die christliche Leitkultur per Gesetz beschlossen werde. Und der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, zufrieden mit der Politik in Baden-Württemberg, nennt die Entscheidung in Berlin eine "schreckliche Verwechslung", als "Irrweg".

Auch die Nicht-Eindeutigkeit des "Symbols Kopftuch" ist für die Kopftuch-Gegner dabei kein Problem: Weil ein Träger bzw. eine Trägerin eines staatlichen Amtes - wie etwa Lehrer - auf das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit ihres Handelns angewiesen sind, genügen nicht allein eine korrekte Amtsführung. Vielmehr dürfe auch nicht nur der Schein von Unkorrektheit erzeugt werden. Diese Auffassung des Verfassungsrechtlers Isensee kommentiert die Baden-Württembergische Kultusministerin in der Landtagsdebatte: "Ja, es gilt, dass selbst der böse Anschein zu meiden ist". Deshalb brauche man keine Einzelfallentscheidung, auch wenn man wisse, wie unterschiedlich das Kopftuch von Musliminnen gedeutet wird - es reicht letztlich die Zuschreibung, die das Tuch in der öffentlichen Debatte erhält.

Immerhin gibt Kultusministerin Schavan zu Bedenken, dass man mit dem neuen Gesetz Neuland betrete. Man sei aber zuversichtlich, dass die Regelung einer möglichen erneuten Prüfung vor dem Bundesverfassungsgericht Stand halte. Andere suchen, das Problem mit dem Hinweis dadurch zu entschärfen, dass es um maximal 40 bis 50 konkrete Fälle gehen würde. Und der Leiter des Essener Zentrums für Türkei-Studien, Faruk Sen, meint, dass die Mehrheit der Muslime in Deutschland andere Probleme habe. Das Kopftuch sei allein für die Verbände wichtig, die jedoch nur wenige Muslime repräsentierten.

Konsequenzen der Diskussion: Beispiele

Von quantitativer Bedeutung könnten aber die sich abzeichnenden Konsequenzen der nun schon Jahre dauernden Debatte sein. In Niedersachsen hat das Oberlandesgericht Oldenburg entschieden, dass eine Muslimin als Vertreterin der Staatsanwaltschaft im Gerichtssaal kein Kopftuch tragen dürfe. Im konkreten Fall handelte es sich um eine Referendarin, die darauf hin schriftlich erklärte, vom Tragen des Kopftuchs in Ausübung ihres Dienstes abzulassen.

Mag dies noch als logische Konsequenz aus den Anstrengungen zur Beseitigung religiöser bzw. islamischer Symbole bei Repräsentanten des weltanschaulich neutralen Staates anzusehen sein, fordert die Berliner CDU jetzt, dass auch islamische Schülerinnen kein Kopftuch tragen dürften. Die beträfe immerhin rund 15.000 bis 20.000 Schülerinnen. Und noch einmal in den Gerichtssaal: Im Amtsgericht Berlin-Tiergarten forderte der vorsitzende Richter im März diesen Jahres eine Zuhörerinnen auf, den Saal zu verlassen oder ihr Kopftuch abzulegen. Die Frau verließ den Raum.

In einem anderen Fall in Berlin wurde einer Muslimin, die ihr Anerkennungsjahr als Erzieherin an einer Schulstation absolviert, bereits im letzten Jahr Hausverbot erteilt, da sich das Tragen des Kopftuches nicht mit der Arbeit an der Schule vertrage. Schulstationen sind Angebote von Jugendhilfe und Schulen für soziale Betreuungs- und Integrationsaufgaben. Sie werden häufig - wie im genannten Fall auch - von freien Trägern verantwortet. Eine ebenfalls bei einem freien Träger beschäftigte Praktikantin an einer anderen Schulstation wurde wegen ihres Kopftuchs eine andere Aufgabe zugewiesen.

Der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening hat auf die möglichen Folgen solcher "erweiterter Kopftuchverbote" hingewiesen: Die Arbeit bei freien Trägern sei gerade für Frauen mit Migrationshintergrund ein Einstieg in das Berufsleben, der durch Kopftuchverbote nicht vereitelt werden dürfe. Dabei ist noch zu bedenken, dass viele junge islamische Frauen einen Beruf im Erziehungsbereich anstreben - gerade auch in Überwindung traditioneller Rollen- und Wertvorstellungen.

Signale des Staates

Das aber ist weiterhin die Kernfrage: behindert oder fördert das Verbot des Kopftuchs die Integration? Welche Rolle spielt dabei der Staat, welche Signale setzt er? Dabei dürfte es unerheblich sein, ob "die" Musliminnen nun alle Kopftuch tragen wollen oder nicht - einige von ihnen tun es, und sie tragen das Tuch aus religiöser Überzeugung. Das Signal, das von Baden-Württemberg und Niedersachsen ausgeht, und dem sich demnächst wohl Bayern und Hessen anschließen werden, heißt trotz aller gegenteiligen Bekundungen: Das Kopftuch ist zunächst und vor allem ein Symbol des Islamismus. Es steht gegen eine christliche Kultur, die zu verteidigen Aufgabe des Staates ist. Wer diese christliche Kultur nicht anerkennt oder wer sich dem Generalverdacht des Kopftuchs nicht durch Ablegen des Tuchs entzieht, darf sehen, wo er bzw. sie bleibt. Im Sinne der Gleichbehandlung nachvollziehbarer ist der Berliner Vorstoß: Alle Symbole werden verboten. Doch auch dies wird das Problem nicht lösen, dass nämlich Menschen, auch im öffentlichen Dienst und als Beamte, in ihrem Leben von religiösen Überzeugungen geleitet sind, und dass sich auch der Staat der Sichtbarkeit von auch von nichtchristliche

Dokumente im Internet

Parlamentsdebatte in Baden-Württemberg:

http://www3.landtag-bw.de/WP13/Plp/13_0067_01042004.pdf (1,2 MB)

Weitere Dokumente, die die Argumentationen nachvollziehen lassen, bietet die Dokumentation der Ausschussberatung. Sie kann aufgefunden werden über <http://www.landtag-bw.de>, dort nach "schulgesetz" suchen.

Dokumente der meisten anderen Bundesländer unter

<http://www.parlamentsspiegel.de>

Rede des Bundespräsidenten vom 22.01.04

>>

http://www.bundespraesident.de/top/dokumente/Rede/ix_94041.htm

Sehr Hilfreiche Thesen zum Kopftuch vom Interkulturellen Rat für Deutschland

>> http://www.interkultureller-rat.de/argumente_1.pdf

Wozu ein Kopftuchverbot? Beitrag von Gritt Klinkhammer, wiss. Mitarbeiterin am Max-Weber-Kolleg und Vorsitzende von REMID:

>> <http://www.religion-online.info/islam/themen/kopftuch-klinkhammer.pdf>

Gemeinsame Stellungnahme von 64 islamischen Organisationen zur aktuellen Kopftuch-Diskussion (hier zugänglich über Muslim-Markt) vom April 2004:

>> <http://www.muslim-markt.de/Recht/kopftucherklaerung.htm>

Grundsatzposition des Zentralrats der Muslime in Deutschland vom Oktober 2003

>> http://islam.de/?site=articles&archive=zmd-pressemitteilungen&article_number=1815

Terrorismus, Antisemitismus - Distanzierungen

Islamischen Verbänden wird immer wieder nahe gelegt, sich eindeutig positiv zur demokratischen Ordnung und zu den Menschenrechten zu positionieren oder sich von Gewalt, Terrorismus und Antisemitismus zu distanzieren.

Dies haben die zentralen Verbände auch mehrfach getan, doch manchmal erscheint die Wahrnehmung wie ein Teufelskreis: Steht beispielsweise in einem Verfassungsschutzbericht, dass ein Verband - etwa Milli Görüs oder der von ihm dominierte Islamrat - nach dem 11. September nach außen moderater aufträte, intern aber immer noch "islamistische" Positionen diskutiere, wird einer entsprechenden öffentlichen Erklärung nicht so recht der Glaube geschenkt. Ist man wohlgesonnen, kommt des Öfteren der Hinweis, dass die islamischen Spitzenverbände nur ein Bruchteil der Muslime repräsentierten, so dass doch fraglich sei, ob etwa der Islamrat oder der Zentralrat wirklich für "die" Muslime in Deutschland sprechen könnte.

Aus neueren Veröffentlichungen der Verbände, etwa im Portal islam.de, lässt sich eine gewisse Verzweiflung heraushören, die genau aus dieser Beobachtung resultiert. "In der Auseinandersetzung mit den muslimischen Verbänden muss man sich schleunigst entscheiden zwischen dem 'reinen Vorführen' von vermeintlichen Unzulänglichkeiten der Organisationen - und dabei alles und jedes in Frage zu stellen, vor allem aber die Glaubwürdigkeit - oder einem Umgang mit konstruktiver Kritik und sparsamen Belehrungen", so ein Beitrag auf islam.de vom 21. April 2004. Der von außen erzeugte Druck scheint in letzter Zeit dazu geführt zu haben, dass sich Verbände zusammmentun, um gemeinsam Position zu beziehen. Und das nicht nur beim Kopftuch (siehe anderer Beitrag des Newsletters), sondern auch in der Frage terroristischer von Gewalt. Am 5. April 2004, nach dem Scheitern eines erneuten Terroranschlags in Spanien, haben der Zentralrat der Muslime und der Islamrat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der noch einmal klar ausgedrückt wird: "Wer solche Verbrechen duldet, gutheißt oder gar deckt, macht sich der Mittäterschaft schuldig. Für solche Täter oder Mittäter wird es in unseren Gemeinden kein Verständnis, keinen Platz und keine Unterstützung geben. Gegen den Missbrauch unserer Religion lehnen wir uns auf und distanzieren uns von den Verbrechern."

Etwas komplizierter hingegen scheint die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Anlass zur Stellungnahme bildete die OSZE-Konferenz vom 28./29. April in Berlin, an der übrigens VertreterInnen des Zentralrats der Muslime teilgenommen haben. Zu diesem Thema liegen zwei Dokumente vor: Ein Beitrag im Portal islam.de sowie

eine Erklärung des "Forums unabhängiger Muslime". Beide Texte zeigen sich irritiert, dass seit einiger Zeit ein "neuer Antisemitismus" ausgemacht werde, der von den Muslimen ausgehe. Man sieht sich mit einer neuen Diskussion konfrontiert - und überfordert. Dies aber nicht, weil es keine eindeutige Haltung zum Antisemitismus gibt - er wird unmissverständlich abgelehnt. Vielmehr treffen vor dem Hintergrund des israelisch-arabischen bzw. israelisch-palästinensischen Konflikts zwei Denklinien aufeinander: die europäische Antisemitismus-Diskussion, deren Zentrum die Shoah ist, und eine islamische Gegnerschaft zu Israel bzw. Juden, die sich aus den Konflikten seit der Staatsgründung Israels und der langen Geschichte von Krieg, Gewalt und Terrorismus speist. Zudem sagen die Autoren, dass ein europäischer Export antisemitischer Denkmuster in die islamische Welt hinein stattgefunden habe.

Beide Texte aber betonen die Notwendigkeit zur Diskussion und Aufarbeitung antisemitischer bzw. antijüdischer Traditionen im Islam, und zwar auf wissenschaftlicher wie pädagogischer Ebene. Allerdings seien die islamischen Verbände hierzu schon aus personellen und finanziellen Gründen nicht in der Lage, obschon einiges an Ideen entwickelt sei. Man hoffe auf die Unterstützung der Gesellschaft und des Staates.

Mehr Informationen:

Gemeinsame Erklärung von Islamrat und Zentralrat zum islamischen Terrorismus vom 5. April 2004:

>> <http://www.islamrat.de/presse/p2004/gegen-terror-und-gewalt.htm> (Seite Islamrat)

>>

http://www.islam.de/?site=articles&archive=newsnational&article_number=2026 (Seite islam.de)

"Der Zentralrat im Kampf gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit", anlässlich der OSZE-Konferenz:

>>

http://www.islam.de/?site=articles&archive=newsnational&article_number=2068

Presseerklärung des Forums unabhängiger Muslime zum Thema Antisemitismus vom 28.04.04

>>

http://islam.de/?site=articles&archive=leserbriefe&article_number=2070

(Die Internetseite des Forums - <http://www.forum-unabhaengiger-muslime.de> - hat noch keine Inhalte)

Dokumentation der OSZE-Konferenz:

>> http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausenpolitik/friedenspolitik/osze/as_konferenz/index_html (Seiten des Auswärtigen Amtes, mit interessanten Linklisten)

>>

<http://www.osce.org/events/conferences/antisemitism2004/> (Seiten der OSZE, Dokumente auch auf Deutsch).

Mütze statt Kopftuch?

Kopftuchträgerin, Muslimin - doch weil die 50-jährige Lehrerin für Hocharabisch in der Öffentlichkeit immer wieder Probleme mit ihrem Kopftuch bekam und in Niedersachsen zudem das Kopftuch an der Schule unlängst verboten wurde, verzichtete sie auf das Kopftuch. Stattdessen aber zog sie eine Mütze auf, unter der sie ihre Haare verbarg. Der Schulleiter einer der beiden Schulen,

an der Muslimin unterrichtet, erkannte aber den Trick und wollte die Mütze nicht dulden. Jetzt will das Kultusministerium den Fall klären und hat die Lehrerin, übrigens seit 15 Jahren im Schuldienst, zu einem klärenden Gespräch gebeten, um, wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung schreibt, die Beweggründe des Mützen-Tragens zu erkunden.

Da die Anti-Kopftuch-Klauseln in den Schulgesetzen allgemein formuliert sind, ist es denkbar, dass das Tragen einer Mütze ebenfalls als islamistisches Symbol angesehen wird - auch wenn die Trägerin keine Muslimin ist?

Publikation des Innenministeriums zum Islamismus

Im Januar 2004 hat das Bundesinnenministerium eine Publikation zum Thema "Islamismus" in der Reihe "Texte zur Inneren Sicherheit" herausgegeben. Lesenswert darin sind neben historischen Betrachtungen vor allem zwei aktuelle Studien, die zusammen fast 200 Seiten des 318 Seiten starken Bandes ausmachen: Eine kriminologische Studie zu jungen Muslimen in Deutschland kommt u. a. zu dem Schluss, dass die These von einer Abhängigkeit religiöser Bindung und Gewaltbereitschaft in ihrer Monokausalität nicht haltbar ist, sondern dass soziale Faktoren entscheidend sind. Eine weiterer Untersuchung nähert sich mit einer Analyse des gegenwärtigen Forschungsstandes unter Zuhilfenahme einer empirischen Befragung der zweiten Migrantengeneration dem "Islam in Deutschland" und kommt zu differenzierten Ergebnissen, etwa zu Themen der Prägekraft der islamischen Religion für Muslime. Das Buch kann im Internet heruntergeladen werden oder beim Bundesinnenministerium bestellt werden.

>> Download- und Bestellseite

http://www.bmi.bund.de/dokumente/Bestellservice/ix_93846.htm?

>> Direkter Download:

<http://www.bmi.bund.de/Anlage25235/Download.pdf> (3,8 MB!)

Feiertage im Islam

Die privat betriebene Internet-Seite www.kandil.de wird besonders gerne zum Fastenmonat Ramadan aufgerufen - denn jährlich kann man einen Ramadankalender bestellen, der für jeden Tag des Fastenmonats ein Türchen hat, hinter dem sich etwas Süßes verbirgt. Die Ähnlichkeit zum Adventskalender ist sicher nicht zufällig. Darüber hinaus gibt es einen virtuellen Ramadankalender. Aber auch gute Informationen zu anderen islamischen Feiertagen enthält die Webseite - und die Geschichten von Nasreddin Hodscha, einer bekannten Figur der türkischen Volksliteratur des 13./14. Jahrhunderts, der auch heute noch dafür herhalten muss, Spitzfindigkeiten und Widersprüchlichkeiten im Islam zu entlarven oder einfach das Menschliche der Religion in Erinnerung zu rufen. Spiele, Bastelanleitungen, Rezepte (zum Beispiel für Schafe, die auch von Kindern gern zum Opferfest geschlachtet werden) runden das Angebot ab, das eine informative, aber nicht bierernst daher kommende Präsentation islamischen Lebens darstellt. Dafür ist sicherlich auch der offensichtlich sufistische Hintergrund der Autorin verantwortlich.

>> <http://www.kandil.de>

Architektur von Moscheen in Deutschland

Der Neubau von Moscheen hat nicht nur politische Aspekte wie etwa die zahlreichen Konflikte um ihre Errichtung. Das macht eine Dissertation von Sabine Kraft aus dem Jahr 2000 deutlich. Unter dem Titel "Neue Sakralarchitektur des Islam in Deutschland. Eine Untersuchung islamischer Gotteshäuser in der Diaspora anhand ausgewählter Moscheeneubauten" lenkt die Schrift den Blick auf die Architektur neuer Moscheen. Anhand ausgewählter Beispiele werden Aspekte wie Planung, Ausführung, Funktionalität und Finanzierung aufgezeigt. Einführende Informationen über die Bedeutung und Funktion von Moscheen ergänzen die lesenswerte Schrift. Sie steht seit

Kurzem im Internet als PDF-Datei zur Verfügung. Leider fehlt der Abbildungsteil, der jedoch den Download sicherlich zu einer Angelegenheit von Stunden gemacht hätte. Die Arbeit wurde am Marburger Graduiertenkolleg "Religion in der Lebenswelt der Moderne" angefertigt (beteiligte Fächer u. a.: Ev. Theologie, Religionswissenschaft, Soziologie), die Autorin studierte zuvor Architektur in Kassel.

>> <http://www.moscheen-in-deutschland.de> (kurze Beschreibung der Arbeit)

>> Download:

<http://mitglied.lycos.de/Moscheen2/moscheen-in-deutschland.PDF> (1,4 MB).

> Christentum

Christlich-Islamischer Dialog: Neues Informationsangebot der EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat auf ihren Internet-Seiten ihre Informationen zum christlich-islamischen Dialog neu zusammengefasst. Insbesondere findet man hier Stellungnahmen und Positionen der EKD zum Dialog, ebenso Literaturhinweise. Anhand der Texte lässt sich die Haltung der Evangelischen Kirche gut nachvollziehen. Zur weiteren Auseinandersetzung regt sicherlich die Stellungnahme zur Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime an, die bereits im Januar 2003 veröffentlicht wurde. Leider werden bei den Texten, die von der EKD selbst herausgegeben wurden, keine Bezugsquellen genannt.

>> <http://www.kirche-islam.de>

In der Diskussion: Gibson's Passion Christi

Mel Gibson's Film "Die Passion Christi" hat im März und noch einmal zu Ostern 2004 für Aufregung gesorgt. Neben den Vorwürfen eines latenten Antisemitismus spielte dabei auch die gewaltbetonte Darstellung eine große Rolle - für den Regisseur Gibson jedoch eine Frage der Authentizität. So authentisch dass Besucher des Films geschockt die Kinosäle verließen, manche vorzeitig. Neben dem politischen Aspekt des Antisemitismus spielen für die Christen und ihre Kirchen in der Auseinandersetzung natürlich auch theologische Fragen eine Rolle: Wie wird im Film der Kern der christlichen Botschaft vermittelt, nämlich das in Kreuzestod und Auferstehung vermittelte Heilsangebot Gottes?

Viele kirchliche Internet-Seiten beschäftigen sich mit dem Film, außerdem haben die Evangelische Kirche in Deutschland, die katholische Bischofskonferenz und der

Zentralrat der Juden in Deutschland eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Bei unten stehenden Seiten führen auch die Links zu weiteren interessanten Informationen, die die Diskussion um den Film und die theologische Auseinandersetzung nachvollziehen lassen.

Erklärung von EKD, Bischofskonferenz und Zentralrat:

>>

http://www.ekd.de/presse/397_pm45_2004_rv_lehmann_spiegel_passion.html

Internet-Seite der Arbeitsstelle Gewalt überwinden, Nordelbische evangelische Kirche:

>> <http://www.passion-jesu.de>, dort Pressespiegel, die biblischen Texte und ein Luther-Text über die Passion

EKD-Seite zum Film:

>> <http://www.ekd.de/film-passion/christi.html>

Einstiegsseite der Katholischen Kirche mit vielen Dokumenten

>> http://www.katholisch.de/2746_2750.htm

Neuer Internetauftritt der Katholischen Kirche

Umfassende Informationen über das religiöse Leben in der römisch-katholischen Kirche, ihre Standpunkte, ihre Struktur und Organisation, ihre Werke und Initiativen bietet das neue Webportal [katholisch.de](http://www.katholisch.de), das im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz in diesem Jahr ins Netz gegangen ist. Die bisher existierende Adresse www.katholische.kirche.de wurde abgeschaltet.

Eine weitere ausführliche Informationsmöglichkeit bietet weiterhin das privat betriebene Portal [kath.de](http://www.kath.de).

>> <http://www.katholisch.de>

>> <http://www.kath.de>

> Projekte: Dialog, Begegnung, Migration, Integration

Veranstaltungstipp: Musica Sacra International

Seit 1992 findet in Marktoberdorf und Umgebung das internationale Musikfestival "Musica Sacra" statt - in diesem Jahr vom 28. Mai bis 2. Juni. Musik aus fünf Weltreligionen wird an diesen fünf Tagen erfahrbar. Vom buddhistischen Tempeltanz, indischer Raga-Musik über jüdische Liturgiemusik bis hin zu Musik des orthodoxen Christentums haben die Veranstalter ein reichhaltiges Programm zusammengestellt, das durch begleitende Vorträge und

vertiefende Informationen zu den Weltreligionen ergänzt wird. Neben dem ästhetischen Hörgenuss geht es den Veranstaltern - dem Bayerischen Musikrat und der Bayerischen Musikakademie - auch um die Begegnung der Religionen, das Verständnis für Menschen anderer Herkunft und das friedliche Zusammenwachsen der Welt. Veranstaltungsort ist das im bayerischen Schwaben gelegene Marktoberdorf, einzelne Veranstaltungen finden auch in der weiteren Region statt. Schirmherr des u. a.

vom Goethe-Institut und dem Auswärtigen Amt unterstützten Festivals ist in diesem Jahr Thomas Goppel, bayerischer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

>> <http://www.modmusik.de/msi/index.htm>

Projektmesse Berlin

Am 13. und 14. Mai findet im Berliner Palais am Funkturm beim ICC, Messedamm 2, eine Projektmesse des Aktionsprogramms der Bundesregierung, "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". Rund 100 geförderte Projekte stellen sich vor, die Besucherinnen und Besucher können mit Vertretern der Projekte ins Gespräch kommen und Erfahrungen und Anregungen austauschen.

>> http://www.entimon.de/content/e2/e503/index_ger.html
(Info-Seite zur Messe der Entimon-Serviceestelle)

Wettbewerb: Erfolgreiche Integration

Das Bundesinnenministerium veranstaltet zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung einen Wettbewerb "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik". Beteiligen können sich alle Gebietskörperschaften, also Städte, Bezirke, Gemeinden und Kreise. Gesucht werden erfolgreiche und nachhaltige Strategien kommunaler Integrationspolitik, der Hauptpreis ist mit 50.000 Euro dotiert. Weitere Informationen:

>> <http://www.erfolgreiche-integration.de>

Netzwerk Migration - Expertendatenbank Migration

Seit Oktober letzten Jahres ist sie online: Die Expertendatenbank Migration. Sie wird verantwortet von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Netzwerk Migration. Die Suche nach Expertinnen und Experten erfolgt entweder alphabetisch nach Personen oder nach thematischen Schwerpunkten. Ebenso ist eine Volltextsuche möglich. Zu allen aufgeführten Personen gibt es ausführlichere Informationen, einschließlich wichtigen Publikationen.

Das Netzwerk Migration arbeitet auf europäischer Ebene, Schwerpunkt ist jedoch Deutschland. In ihm sind folgende Organisationen bzw. Förderer beteiligt: DOMIT - Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei; Entimon; Kulturstiftung des Bundes; Mercator Stiftung; Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Next

Interkulturelle Projekte - Haus der Kulturen der Welt und die Bundeszentrale für politische Bildung. Schwerpunkte in der Arbeit des Netzwerkes sind bevölkerungspolitische Aspekte. Interessant der kostenlose Newsletter. Dieser kann über eine eigene Webseite - Migration und Bevölkerung - bestellt werden. Auf dieser Seite finden sich auch interessante weitere Informationen zum Themenkomplex. "Religion" ist jedoch kein zentrales Thema.

>> <http://www.bpb.de/wissen/E8LOR9> (Expertendatenbank)

>> <http://network-migration.org> - <http://migration-info.de> (Netzwerk Migration)

Interkulturelle Gärten

Es gibt sie immer häufiger: die Interkulturellen Gärten, initiiert von der Stiftung Interkultur mit Sitz in München. Die Internetseite nennt zurzeit 21 Projekte, 26 weitere sind im Aufbau.

Interkulturelle Gärten verstehen sich als Projekt zum Dialog der Religionen und Kulturen und zur Integration von MigrantInnen, indem durch die gemeinsame Arbeit in den Gärten Erfahrungen von Menschen unterschiedlichster Kulturen vermittelt werden.

Die Gartenprojekte haben in den letzten Jahren zahlreiche Preise erhalten - unlängst die "Bunten Gärten Leipzig" den mit 5.000 Euro dotierten Preis des Bündnisses für Toleranz und Demokratie, der Interkulturelle Garten in Berlin-Köpenick 2004 den Preis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Wettbewerb "Global vernetzt - lokal aktiv"; 2.000 Euro erhielten die GärtnerInnen hier.

Anlage der Gärten und Schwerpunkte der Arbeit werden von den einzelnen Initiativen bestimmt. So entsteht in Osnaabrück ein "Garten der Weltreligionen" in Zusammenarbeit mit einem Gymnasium. Ort sind drei Innenhöfe des Gymnasiums. Christentum und Judentum werden in einem "Paradiesgarten" vereint, darüber hinaus sollen ein maurischer und ein asiatischer Garten entstehen. In allen Kulturen spiegeln die Gärten die Verbindung des Menschen zu transzendenten Kräften wieder, in den Gärten kulminieren die sozialen, religiösen, ästhetischen, ökologischen und kulturellen Dimensionen des Menschseins, so dass die sich die Gärten der Weltreligionen hervorragend als schulische Lernorte eignen, so die Initiatoren.

>> <http://www.stiftung-interkultur.de>

>> <http://gidw-os.nibis.de/projekte/gdweltreli.php> (Projektbeschreibung Gärten der Weltreligionen)

> Wissenschaft

Linktipp für Wissenschaftler: Neuer PC-Font für Hebräisch

Die Darstellung nichtlateinischer Schriften in PC-Dokumenten war und ist immer ein Problem. Vor allem dann, wenn zusätzlich zu einem Alphabet etwa noch Betsungszeichen notwendig sind.

Auf Basis des neuen, plattformunabhängigen Unicode-Standards haben die Society of Biblical Literature (USA) und das kanadische Softwareunternehmen Tiro Type-works einen neuen hebräischen Zeichensatz entwickelt, der unter dem Namen "SBL Hebrew" für private Anwender kostenlos weitergegeben. Zurzeit wird eine Testver-

sion zum Download angeboten, Ende 2004 soll die endgültige Freigabe des Fonts erfolgen.

>> Ausführliche Informationen: <http://www.sbl-site.org/Resources/default.aspx>

Graduiertenkolleg Interkulturelle Kommunikation in Essen

Am 28. und 29. April ist das neue Graduiertenkolleg "Interkulturelle Kommunikation - Interkulturelle Kompetenz" im Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen (KWI) offiziell eröffnet worden. Das Kolleg, das interdisziplinäre Forschung unter erfahrungswissenschaftlichem Bezug und Anwendung auf Handlungs- und Lebensfelder fördern

soll, ist ein Kooperationsprojekt des KWI, der Technischen Universität Chemnitz und der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung.

>> <http://www.kwi-nrw.de>

Virtueller Katalog Theologie

Eine für die Literaturrecherche häufig übersehene Ressource sind die wissenschaftlichen Bibliotheken in kirchlicher Trägerschaft, also Bibliotheken kirchlicher Hochschulen und Fachhochschulen, Diözesanbibliotheken, Bibliotheken von Landeskirchen oder andere kirchliche Spezialbibliotheken.

Der neue Virtuelle Katalog Theologie und Kirche macht rund drei Millionen Datensätze dieser Bibliotheken zugänglich. Die üblichen Suchkriterien lassen sich auf alle oder einzelne Bibliotheken beziehen, die Ergebnisse werden extrem schnell angezeigt, teilweise sogar Zeitschriftenaufsätze. Eine Standardsuche umfasst zwanzig Bibliotheken, die Integration zusätzlicher Kataloge ist vorgesehen.

>> <http://www.vthk.de>

Würzburg: Missionswissenschaft statt Religionswissenschaft

Die Religionswissenschaft an der Universität Würzburg schließt ihre Pforten - dafür wurde zum 1. April 2004 an der Katholisch-Theologischen Fakultät ein Stiftungslehrstuhl "Missionswissenschaft und Dialog der Religionen" eingerichtet. Nachdem Prof. Dr. Norbert Klaes, Inhaber des Lehrstuhls für Religionsgeschichte, im letzten Jahr emeritiert wurde, werden seit dem Wintersemester 2003/2004 keine Neueinschreibungen für den Studiengang Religionsgeschichte mehr vorgenommen. Lediglich ein Rumpfangebot in der Lehre existiert, um den Verpflichtungen gegenüber den bisherigen Studierenden und der religionswissenschaftlichen Lehre für andere Fächer nachzukommen.

Stattdessen aber wurde der neue missionswissenschaftliche Lehrstuhl durch eine Stiftung des katholischen Missionswerkes Missio und der Stiftung "Promotio humana" ermöglicht. Fünf Jahre finanzieren beide Einrichtungen den neuen Lehrstuhl. Besonderes Anliegen sei der Dialog der Religionen. Ausgehend von einem gewandelten Offenbarungsverständnis würden andere Religionen und Weltanschauungen als Bereicherung erlebt, so der Dekan der Fakultät. Mit dem neuen Lehrstuhl wolle man zugleich an die starke missionswissenschaftliche Tradition in Würzburg anknüpfen. Die wurde mit dem Lehrstuhl für Religionsgeschichte allerdings unterbrochen: Prof. Klaes hatte von 1983 bis 1985 einen missionswissenschaftlichen Lehrstuhl inne, bevor er wegen Heirat die kirchliche Lehrerlaubnis verlor. Als Staatsbeamter konnte er nicht entlassen werden, so dass der Lehrstuhl für Religionsgeschichte eingerichtet wurde. Hier hat Prof. Klaes in den

vergangenen 18 Jahren eine anerkannte religionswissenschaftliche Arbeit geleistet und zugleich im Ehrenamt für den interreligiösen Dialog gewirkt, etwa in der World Conference for Religion and Peace, dessen internationaler Co-Präsident er seit 1999 war.

Die neue Entwicklung kommt dem Freistaat Bayern wesentlich billiger, da er nur die Räume zur Verfügung stellt und Mitarbeiterstellen anteilig finanziert. Und die Kirche hat ihre Missionswissenschaft zurück.

Religionslehrerausbildung für Islam und Orthodoxie in Münster

Voraussichtlich zum Wintersemester 2004/2005 kann an der Universität Münster mit der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für den islamischen Religionsunterricht begonnen werden. Ein Erweiterungsstudiengang für christlich-orthodoxe Religionslehre soll folgen. Träger der Ausbildung ist das "Centrum für Religiöse Studien" (CRS) an der Universität Münster. Vorbereitungen zur Gründung des Zentrums, das am 8. Dezember 2003 offiziell eröffnet wurde, gab es bereits seit 2002. Neben eigenen Professuren (zurzeit noch nicht besetzt) und Lehraufträgen werden Lehrveranstaltungen anderer Fächer (z. B. Religions- und Islamwissenschaft) in das CRS eingebracht. Der Ansatz des CRS sei, durch interkulturelle und interreligiöse Forschungen zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beizutragen. So sei auch der nordrhein-westfälische Landesrabbiner in die Lehre einbezogen. Neben dem Dialog von Christentum, Judentum und Islam sollen in Zukunft auch Buddhismus und Hinduismus ihren Platz in der Arbeit des CRS finden.

Die Gründung des CRS ist die auch eine Folge der Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen, einen konfessionellen Religionsunterricht ohne Beteiligung der jeweiligen Gemeinschaften einzuführen, wengleich islamische Organisationen das neue Angebot begrüßen, da es ein wichtiger Schritt hin zum islamischen Religionsunterricht sei. Das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen hatte entschieden, dass das Land nicht verpflichtet sei, die religiösen Dachverbände bei der Etablierung eines konfessionellen Religionsunterrichts zu beteiligen; darauf hatten die islamischen Verbände geklagt. Darüber hinaus aber ist in den Diskussionen um einen islamischen Religionsunterricht die Ausbildung der Lehrkräfte immer wieder Anlass für Diskussionen. Insgesamt besteht von Seiten der Länder wenig Bereitschaft, das Modell der Ausbildung katholischer oder evangelischer ReligionslehrerInnen - vom Staat finanzierte Hochschulausbildung bei inhaltlicher Verantwortung der Kirchen - für andere Religionen zu übernehmen, so dass ein unabhängiges Ausbildungsangebot wie in Münster nur konsequent ist.

>> <http://www.uni-muenster.de/ArabistikIslam/crs.htm>

> Feiertage im Mai und Juni

Mai 2004

2. Maulid an-Nabi (Islam)

Geburtstag des Propheten Mohammed (570-632 unserer Zeitrechnung)

6. Hidirellez (Aleviten)

Fest zu Ehren des Heiligen Hizirs, der laut Sage wie der Prophet Elias vom Wasser der Unsterblichkeit trank. Beide fungieren als Helfer der Menschen und treffen sich jedes Jahr am 6. Mai der Überlieferung nach unter einem Rosenbaum.

9. Lag B'omer (Judentum)

Am 33. Tag nach Pessach hat Rabbi Schimon bar Jochai (gest. 150 n. Chr.) laut Überlieferung seinen Schülern seine mystische Lehren enthüllt. Außerdem: Tag des ersten Haarschnittes (Chalakah) dreijähriger Jungen bei sephardischen Juden und einigen chassidischen Gruppen und damit Beginn des Erlernens der Tora. Auch: Sieg über die römische Besatzungsmacht um 135 n. Chr.

20. Christi Himmelfahrt (Christentum)

Laut Lukasevangelium wird Christus vierzig Tage nach Ostern auf dem Ölberg in Jerusalem in den Himmel erhoben. Viele Gemeinden feiern Gottesdienste im Freien. Säkular ist Himmelfahrt "Vatertag".

23. Erinnerung an die Erklärung des Bab (Bahá'í)

Mit der in Persien 1884 verbreiteten Erklärung, in der Bahá'u'llah ("Herrlichkeit Gottes", der Begründer der Bahá'í-Religion) angekündigt wurde, beginnt das Kalenderjahr der Bahá'í. Bab gilt als zweiter Stifter der Bahá'í-Religion.

26./27. Shawuot (Judentum)

"Wochenfest" am 50. Tag nach Pessach, Erntedankfest und Erinnerung an die Verkündigung der Zehn Gebote auf dem Berge Sinai.

29. Tod Bahá'u'llahs (Bahá'í)

Jahrestag des Hinscheidens von Bahá'u'llah 1892 in Akko. Seine Begräbnisstätte, welche außerhalb von Akko errichtet wurde, bestimmt für alle Bahá'í-Gläubigen die Gebetsrichtung.

30./31. Pfingsten (Christentum)

Die Ausgießung des Heiligen Geistes bildet den Abschluss der fünfzigstägigen Osterzeit und gilt auch als Geburtstag der Kirche.

Juni 2004

2. Vesakh (Theravada-Buddhismus)

Am "dreimal geheiligten" und wichtigsten Fest der Theravada-Buddhisten wird Buddhas Geburt, Erleuchtung und Tod gedacht. (Oft auch abweichende Termine!)

5./6. Gedenkfest für Abdal Musa (Aleviten)

Abdal Musa, ein Jünger der Hadschi Bectasch-Loge im 14. Jh. n. Chr., bewirkte laut Sage, dass das Wasser im Winter von der einen Seite des Berges und im Sommer von der anderen floss.

6. Allerheiligen (orth. Christentum)

Am Sonntag nach Pfingsten gedenken Angehörige der orthodoxen Kirche ihrer Verstorbenen sowie jener, "die von Anbeginn Gott wohlgefallen haben".

6. Trinitatis (ev. und kath. Christentum)

Fest der Dreieinigkeit Gottes, eine Woche nach Pfingsten.

10. Fronleichnam (kath. Christentum)

"Fron" (Herr), "leichnam" (lebendiger Leib): Demonstratives Zeigen des in der Hostie gegenwärtigen Christus in Prozessionen, nachdem eine Eucharistiefeier durchgeführt wurde.

20. Ratha Yatra (Hinduismus)

Festtag zu Ehren des Gottes Jaganatha, dem "Herren des Universums".

24. Johannistag (kath. Christentum)

Gedenktag für Johannes den Täufer

29. Peter und Paul (kath. Christentum)

Gedenktag für die Apostel Petrus und Paulus

Alle Angaben sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Eine Haftung für die Richtigkeit oder die Inhalte der angegebenen Links kann nicht übernommen werden.

Sie können die gedruckte Version des Newsletters gegen eine Spende direkt von REMID beziehen.

Wenn Sie Probleme mit der Darstellung haben, teilen Sie uns dies bitte mit.

Unterstützen Sie die Arbeit der Informationsplattform Religion, indem Sie

- diesen Newsletter verbreiten
- andere auf unsere Angebote aufmerksam machen
- uns Informationen und ihr Feedback zukommen lassen
- Mitglied bei REMID werden oder uns durch eine Spende unterstützen und so die finanziellen Belastungen mit uns teilen. Spenden sind steuerlich absetzbar. Konto. 100 11 990, Sparkasse Marburg-Biedenkopf, BLZ 533 500 00.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Rink
(Projektleitung)



© 2004: Informationsplattform Religion /
Religionswissenschaftlicher Medien- und informationsdienst e. V. REMID,
Marburg

Die Informationsplattform Religion wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"